



Dringlicher Antrag

der Grünen-ALG

eingbracht in der Gemeinderatssitzung vom 15. November 2018

von

GRⁱⁿ Manuela Wutte, MA

Betrifft: Kommunale Handlungsmöglichkeiten zur Armutsbekämpfung

Vor einigen Wochen wurde der steirische Armutsbericht veröffentlicht, der medial und politisch aus meiner Sicht keine ausreichende Resonanz hervorgerufen hat. Denn Armut ist ein Skandal, darin werden wir uns über alle ideologischen und Parteigrenzen hinweg einig sein! Dass es uns in einem der reichsten Länder der Welt mit einem gut ausgebauten Sozialsystem nicht gelingt, Armut vollständig zu bekämpfen, ist im Grunde unerträglich. 196.000 Menschen sind in der Steiermark arm oder von Armut bedroht, das sind 16% der Bevölkerung!

Die Problematik der Kinderarmut möchte ich anlässlich der steirischen Kinderrechtewoche besonders hervorheben: In der Steiermark sind 51.000, also 19% Kinder und Jugendliche arm oder armutsgefährdet. Wie die Autoren des Armutsberichts treffend schreiben: „Kindern, die in Armut aufwachsen, stehen weniger Ressourcen und Möglichkeiten zur Verfügung, ihren weiteren Lebensweg zu gestalten [...] Besonders bedenklich sind aufgrund ihrer fortdauernden Wirkung auch die gesundheitlichen Folgen einer in Armut verbrachten Kindheit. Langfristige gesundheitliche Folgen von Armut und benachteiligenden Lebensverhältnissen wie eine defizitäre Wohnsituation, geringes Unterstützungspotential der Eltern im Bildungsbereich, ungesunde Ernährung oder Mangel an Bewegung [...] reichen von erhöhten Krankheitsrisiken [...] über Einschränkungen in der Persönlichkeitsentwicklung und bei Lernkompetenzen bis hin zu früh auftretenden psychiatrischen Störungen.“

Natürlich liegen viele Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut, wie beispielsweise die Mindestsicherung oder die Notstandshilfe, in Landes- oder Bundeskompetenz. In einigen Aspekten hätte aber durchaus auch die Stadt Handlungsspielräume: So wird im Bericht empfohlen,

MindestsicherungsbezieherInnen mit Kindern und Jugendlichen aktiv über kostenlose Lernhilfeangebote zu informieren. (Das setzt ein ausreichendes Angebot an kostenloser Nachhilfe voraus, hier gibt es in Graz trotz einiger Angebote wie der Lerncafés und der kostenlosen Nachhilfe von b.i.t. durchaus Luft nach oben.) Etliche Studien zeigen, wie stark Bildung und sozioökonomischer Status in Österreich vererbt werden. Soll Armut also langfristig bekämpft werden, müssen insbesondere die Kinder aus armen Familien bestmöglich unterstützt werden.

Weitere städtische Handlungsfelder, die aus dem Bericht hervorgehen, betreffen die Absicherung und den Ausbau des zweiten und dritten Arbeitsmarkts und die Wohnversorgung, wo es beispielsweise im Bereich der langfristigen Wohnversorgung Suchtkranker noch Versorgungslücken gibt. Angeregt wurde außerdem, die Vergabe einmaliger Soforthilfen durch das Sozialamt transparenter zu gestalten. Eine aus meiner Sicht wesentliche Empfehlung betrifft auch die Aufklärung über sozialstaatliche Leistungen: Als wichtige politische Aufgabe wird angeführt, „für wesentliche und unabdingbare sozialstaatliche Absicherungen einzustehen und nicht vorhandene Stimmungen durch Hinweise auf „Sozialmissbrauch“, die undifferenzierte Vermischung der Mindestsicherung als „letztes soziales Netz“ mit Versicherungsleistungen, z.B. Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe, oder dem Ausblenden der restriktiven Voraussetzungen für den Bezug der Mindestsicherung [...] zu „befeuern.“

Um über eine klare Faktengrundlage und Handlungsempfehlungen für die kommunale Ebene zu verfügen, liegt es nahe, wieder einen städtischen Armuts- oder Sozialbericht zu veröffentlichen, wie das bereits in der Vergangenheit geschah und auch medial angekündigt wurde. Ein Schwerpunkt könnte dabei auf das Problem der Kinder- und Jugendarmut gelegt werden.

Ich stelle daher namens der Grünen-ALG folgenden

Dringlichen Antrag

- 1.) Sozialstadtrat Kurt Hohensinner wird ersucht, zu prüfen, ob die Stadt wieder einen Armuts- oder (in erweiterter Form) Sozialbericht, eventuell mit Schwerpunkt auf die Kinder- und Jugendarmut, in Auftrag geben kann.
- 2.) Sozialstadtrat Kurt Hohensinner wird ersucht, unter Einbindung sowohl des Sozial- als auch des Jugendamts ein Konzept für die Bildungsbegleitung der Kinder von MindestsicherungsbezieherInnen zu erstellen. Insbesondere sollen Kinder aus armen Familien ermutigt werden, kostenlose Lernhilfe in Anspruch zu nehmen.
- 3.) Sozialstadtrat Kurt Hohensinner wird ersucht, Gespräche mit den Studienautoren des steirischen Armutsberichts bzgl. in der Stadt umsetzbarer Handlungsempfehlungen zur Armutsbekämpfung und -

prävention aufzunehmen und die Autoren zur Präsentation der Ergebnisse in den Sozialausschuss einzuladen.

4.) Sozialstadtrat Kurt Hohensinner wird ersucht, mit den Studienautoren und der Antidiskriminierungsstelle Gespräche bzgl. Einflussmöglichkeiten der Stadt auf einen nicht-stigmatisierenden Diskurs über Sozialleistungen zu führen.

5.) Die Stadt Graz ersucht die Bundesregierung auf dem Petitionsweg, die Notstandshilfe als wesentlichen Baustein der Armutsbekämpfung in bestehender Form beizubehalten.